

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftsjahr 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Ein Wendepunkt in Frankreich.

Die Entscheidung der Sozialisten.

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Von einem Mitglied des Parteivorstandes der Sozialistischen Partei werden unseren Pariser Bureau folgende Erklärungen über den am Dienstag gefassten Beschluss von Fraktion und Parteivorstand gegeben: Der 24. November wird in der Geschichte des französischen Sozialismus ein wichtiges Datum bedeuten. Die absolute Einstimmigkeit, mit der am Dienstag nachmittag die 100 Mann starke sozialistische Kammergruppe, die vollständig versammelt war, der Entscheidung zustimmte, in der sich die Sozialisten bereit erklären, unter gewissen, genau festzulegenden Bedingungen

an der Regierung teilzunehmen,

wird in ganz Frankreich den tiefsten Eindruck machen. Vor einigen Tagen noch konnte es scheinen, als ob es darüber innerhalb der sozialistischen Fraktion zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten kommen würde. Unter dem Eindruck der außerordentlichen Situation, in der sich Frankreich gegenwärtig, vor allem in finanzieller Hinsicht, befindet und angesichts der Drohungen, die von faschistischer Seite gegen das republikanisch-parlamentarische Regime ausgesprochen wurden, ist es zu einem einstimmigen Beschluss gekommen, dessen Durchführung nur davon abhängen wird, ob die linksbürgerlichen Parteien entschlossen sind, das Kampfprogramm anzunehmen, das die Sozialisten für notwendig halten. Einstimmig hat die Fraktion beschlossen, daß jedes Angebot an einzelne Mitglieder der Partei, in die Regierung einzutreten, abgelehnt werden soll, wie ein von Briand an Leon Blum und Paul Boncour gemachtes Angebot zur Ablehnung gelangte. Einstimmig hat die Fraktion sich für die Festlegung eines praktischen Reformprogramms ausgesprochen als Hauptvoraussetzung zur Teilnahme an der neuen Regierung. Einstimmig hat sie beschlossen, ein kurzes

Manifest an das französische Volk

zu richten, in dem sie ihre Bereitwilligkeit kund gibt, die nötige Verantwortung auf sich zu nehmen, unter der Bedingung, daß ihr die Möglichkeit gegeben wird, in der Regierung jene Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig hält.

An der Diskussion, die von 1/3 bis 1/8 Uhr dauerte, nahmen hauptsächlich teil: Constans, Mistral, Compère-Morel, Hubert Rouger, Lebas, Barrabaat, Soude, Renaudel, Paul Faure, Pressimane, Marquet, Vallère, Lurial, Blum, Boncour und vom Parteivorstand Grumbach. Mit Ausnahme von zwei Rednern haben

sich alle für eine Teilnahme an der Regierung ausgesprochen. Besonders bemerkenswert ist, daß alte Genossen, wie Constans, Pressimane, Mistral und andere, die bisher gegen eine Beteiligung waren, sich energisch dafür ausgesprochen haben; ebenfalls Compère-Morel und Lebas, die den Wunsch zum Ausdruck brachten, daß die Partei die Mehrheit der Ministerposten besetzen soll, während andere Genossen, wie Pressimane, Renaudel, Grumbach und Lurial, eine Beteiligung davon nicht abhängig machen wollen.

Es wäre verfehlt, nun anzunehmen, daß damit die Krise rasch gelöst werden könne. Denn es ist sicher, daß Kräfte, die dem Eintritt der Sozialisten in die Regierung feindselig gesinnt sind, sich aber bisher zurückgehalten haben, weil sie nicht an die Möglichkeit eines bejahenden Beschlusses der Sozialisten glaubten, sich nun ans Werk machen werden, um eine von den Sozialisten beherrschte oder wesentlich beeinflusste Regierung unmöglich zu machen. Es steht außerdem noch keineswegs fest, ob die linksbürgerlichen Parteien bereit sein werden, die von den Sozialisten formulierten Bedingungen anzunehmen. Eine der wesentlichsten Forderungen der Sozialisten wird sein, der Finanzpolitik von vornherein einen antiinflationarischen Charakter zu geben. Etwas wird von heute ab nicht mehr möglich sein: die französische Sozialistische Partei zu beschuldigen, den Mut nicht aufgebrocht zu haben, in einem

höchst kritischen Augenblick die Regierungsverantwortung überzunehmen

zu wollen. Welches auch der Verlauf der Krise sein mag, ob es zur Bildung eines Ministeriums mit Sozialisten kommt oder nicht, der französische Sozialismus hat einen Weg eingeschlagen, auf dem auch die ärgste Reaktion in Frankreich ihn nicht mehr zur Einflußlosigkeit herabdrücken kann. Ob im Zusammenhang mit dem Beschluss der Fraktion ein außerordentlicher Parteitag dringend einberufen werden soll, darüber wird der Parteivorstand in seiner regelmäßigen Sitzung am Mittwoch abend zu entscheiden haben.

Die Pariser Morgenpresse bestätigt ohne Unterschied der Parteilichung, daß Doumer's Antrag aussichtslos ist. Sowohl die Herriot- wie die Painlevé-Partei erklären, daß sie nur eine Regierung der Linken, aber keine Regierung der Mitte unterstützen werden.

Inzwischen ist durch den Beschluss der Sozialisten eine neue Lage geschaffen, zu der die sonstigen Parteiparteien am heutigen Vormittag in Fraktionsführungen Stellung nehmen sollen.

Völkerbundsentscheid gegen Griechenland.

152 000 Pfund Entschädigung an Bulgarien.

Rom, 25. November. (W.T.B.) „Secolo“ erfährt aus Athen, daß die Völkerbundscommission in Sachen des griechisch-bulgarischen Konflikts eine für Griechenland ungünstige Entscheidung getroffen habe.

Weiteren Meldungen aus Athen zufolge geht die Entscheidung der Völkerbundscommission, die sich nach Mazedonien begeben hatte mit dem Auftrage, an Ort und Stelle die Verantwortlichkeiten für den jüngsten Grenzzwischenfall festzustellen, dahin, daß Griechenland an Bulgarien 152 000 englische Pfund bezahlen muß, und zwar: 85 000 als Entschädigung für die Familien der 20 getöteten Bulgaren und 57 000 als Ersatz der Kosten des bulgarischen Truppentransports.

Der griechische Ministerpräsident Pangalos hat sofort die sämtlichen Parteiführer zu einer Sitzung einberufen, um die Entscheidung der Regierung gemeinsam mit der Opposition zu treffen. Zweifellos wird sich Griechenland dem Spruch des Völkerbundes unterwerfen.

Mussolini protestiert in Belgrad.

Gegen die Rede Raditschs.

Belgrader Meldungen zufolge hat der italienische Gesandte in Belgrad gegen die scharfe Angriffe Raditsch' auf Mussolini in seiner Laibacher Rede protestiert.

Raditsch hat daraufhin einen Rückzug antreten müssen, in dem er erklärte, die Zeitungsberichte hätten ihn mißverstanden und seine Bemerkungen über den Faschismus unrichtig in der Presse wiedergegeben.

Die Abwürgung des Matteotti-Prozesses.

Rom, 25. November. (W.T.B.) Der „Tribuna“ zufolge dürfte der Matteotti-Prozess nicht vor nächstem Februar stattfinden, da die Verteidiger die große Zahl der Aktenbände nicht früher durcharbeiten können.

Nachdem die Hauptschuldigen, soweit sie nicht mit Regierungshilfe über die Grenze abgeschoben wurden, durch Mussolini amnestiert wurden, gilt es, den Prozeß gegen die sonstigen Täter so lange zu verschleppen, bis irgendein Vorwand gefunden wird, das ganze Verfahren überhaupt niederzuschlagen.

Wetterlés Ende.

Der Protest-Ersäßer aus der Vorkriegszeit.

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag ist in Rom einer der Führer der eifrigen Merkanten, der frühere Reichstagsabgeordnete Abbé Wetterlé gestorben.

Wetterlé gehörte vor dem Kriege zu den eifrigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion des Zentrums. Sein Herz und seine Politik waren wohl schon damals nach Frankreich gerichtet. Noch im Jahre

1913 hat er als deutscher Reichstagsabgeordneter eine lange Vortragsreise durch Frankreich unternommen. Seine Reden richteten sich gegen die deutsche Politik im Elsaß, die freilich sehr viel Anlaß zu Angriffen bot. Sofort nach Ausbruch des Krieges flüchtete er ebenso wie der sozialistische Abgeordnete Georg Weill nach Paris, um von dort aus sich stark an der Propaganda gegen Deutschland zu beteiligen. In den letzten Jahren ist sein Name öffentlich kaum mehr genannt worden.

Badische Regierungsbildung.

Koalition aus Zentrum und Sozialdemokratie.

Karlsruhe, 25. November. (W.T.B.) Die Wahl der neuen Regierung wird in der am Donnerstag nachmittag stattfindenden Landtagsitzung vor sich gehen. Heute finden Verhandlungen zwischen den Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums über die Zusammensetzung der Regierung statt. Die Regierungserklärung erfolgt voraussichtlich am Dienstag nächster Woche.

Für Locarno!

Die Stimme des „besten deutschen Mannes“.

Koblenz, 25. November. (W.T.B.) In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei sprach gestern abend Reichsminister a. D. Dr. Jarres. Er erläuterte zunächst die Aufgaben des Provinziallandtages in bezug auf die innere Verwaltung der Rheinprovinz. Dr. Jarres gab dann einen Überblick über die Geschichte Deutschlands in den letzten Jahren. Er behandelte namentlich das Londoner Abkommen, den Dawes-Plan, das Vertragswerk von Locarno und die bekannten Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden. Es sei sehr wohl möglich, so führte Jarres aus, trotz des Locarno-Vertrages mit Rußland in einem guten Verhältnis zu stehen. Daß der Vertrag von Locarno mit besonderer Begeisterung aufgenommen werden könne, wäre niemals behauptet worden. Es sei jedoch zu bedenken, daß mit der Unterzeichnung ein Wandel erzielt werde. Die Reichsregierung sei einen schwierigen Weg gegangen. Man müsse Locarno als eine Etappe betrachten. Wegen der Erleichterungen hätten wir allerdings Grund, enttäuscht zu sein. Der Eintritt in den Völkerbund stehe uns nach frei, die Regierung solle noch abwarten, wie sich die Dinge entwickelten. Nach zeitlicher Ueberlegung sei er aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß es richtig sei, dem Vertrag zuzustimmen.

Wie wird dem „Lokal-Anzeiger“, wenn er diese Stimme des „besten deutschen Mannes“ hört? Wie hat er Jarres bei den Verhandlungen über seine Kandidatur gefeiert und in den Himmel gehoben, und jetzt tritt auch dieser „beste deutsche Mann“ neben Hindenburg, den Abgott aller Monarchisten, dem „Retter aus tiefster Not“, für das dritte Versailles ein. In der Tat, schlechte Zeiten für nationalistische Phrasenhelden!

Anmachungen des Reichsrats.

Der Konflikt zwischen Reichstag und Reichsrat.

Von Willi Steinkopf.

Mit dem Zusammenritt des Reichstags kommt hoffentlich auch die Zeit zur Austragung des chronischen Konflikts zwischen diesem und dem Reichsrat heran. Anlaß dazu gibt der Einspruch des Reichsrats gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Abänderung der Fürsorgepflicht.

Es handelt sich dabei um folgendes: Bei der Beratung des Auswertungsgesetzes beschlossen die Parteien des Kabinetts Luther-Schiele, daß bei der Berechnung von sozialen Fürsorgeleistungen Einnahmen aus aufgewertetem Vermögen bis zum Betrage von 270 M. jährlich außer Ansatz bleiben sollten. Was lag näher, als daß die Sozialdemokratie dieselbe Vergünstigung für die Leistungen auf Grund der sozialen Versicherungsgeetze und der Fürsorgegeetze verlangte und auch durchsetzte. Der Reichsrat erhob gegen dieses Gesetz auf Grund des Art. 74 der Reichsverfassung — mit einer Mehrheit von zwei Stimmen — Einspruch, sodaß es nochmals dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden mußte. Diese zweite Beschlußfassung erfolgte am 12. August, dem Tage der Verlegung des Reichstags, mit der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit der Anwesenden, womit der Einspruch des Reichsrats erledigt war. Nach dem genannten Verfassungsartikel mußte der Reichspräsident nunmehr das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung binnen drei Monaten verkünden oder aber den Volkenscheid anordnen. Keins von beiden ist geschehen. Reichsregierung und Reichspräsident haben sich zum Schaden der Sozialrentner der Zweistimmenmehrheit des Reichsrats gefügt; das Gesetz ist nicht verkündet und in Kraft gesetzt worden.

Als Ausweg haben der Reichsarbeitsminister und der Reichsinnenminister (gez. Gehler) den Reichstag nunmehr wissen lassen, daß das Reichskabinett am 26. August folgendes beschließen habe:

„Ein Gesetz, das zu verkünden war, liegt nicht vor. Der Reichskanzler wird über den Tatbestand und den Beschluß des Kabinetts dem Herrn Reichspräsidenten berichten.“

Begründet wird diese eigenartige Haltung des Reichskabinetts damit, daß der Reichsrat eigentlich recht habe, wenn er gegen die „überstürzte“ zweite Beschlußfassung durch den Reichstag Protest erhebe und diese als eine „nochmalige Beschlußfassung über das Gesetz“ nicht anerkennen könne. Der Reichsrat sei ferner der Meinung, daß diese nochmalige Beschlußfassung ebenso wie die sonstige Verabschiedung von Gesetzen drei Befugnisse haben müsse.

Zu diesem merkwürdigen Verlangen des Reichsrats hat das Reichskabinett ein Gutachten vorgelegt, dessen Tenor in folgender Auffassung gipfelt.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstags werden Gesetzesentwürfe, Haushaltsvorlagen und Staatsverträge in drei Lesungen erledigt. Wenn auch im vorliegenden Fall es zweifelhaft sei, ob es sich um einen „Gesetzesentwurf“ handle, so sei die Rückverweisung an den Reichstag doch eine Vorlage der Reichsregierung oder des Reichsrats und müsse nach der Geschäftsordnung des Reichstags ebenfalls in drei Lesungen behandelt werden, weil dies für solche Vorlagen grundsätzlich vorgehensei. Ausnahmen — also einmalige Beschlußfassung — sei nur mit Zustimmung des Reichsrats oder der Reichsregierung zulässig. Eine solche Zustimmung liege aber nicht vor. Wünscht der Reichstag künftig die Dinge anders zu handhaben, so muß er seine Geschäftsordnung ändern. Daß die Frist von drei Monaten, in der das Gesetz nach der Reichsverfassung hätte verkündet werden müssen, nicht eingehalten worden ist, verschlägt nichts, denn diese Frist beginne erst dann zu laufen, „wenn ein geschäftsordnungsmäßig zustandegekommener Beschluß des Reichstags vorliegt“, und das sei eben nicht der Fall. Der Reichstag mag durch Nachholung der bisher verabsäumten zweiten und dritten Lesung die Bedenken des Reichsrats und der Reichsregierung ausräumen oder, wenn er in diesem Fall sich mit einer Lesung begnügen will, einen entsprechenden besonderen Beschluß fassen.

Man wird zugeben müssen, daß sich in diesem Gutachten — selbstverständlich bestellte Arbeit, um die rigorose Haltung der Reichsregierung und des Reichsrats gegenüber den armen Sozialrentnern zu decken — die ganze juristische Spitzfindigkeit des Geheimrats wihelmischer Schule offenbart. Daß in der Praxis bereits mal wie im vorliegenden Fall verfahren ist, ohne daß Reichsregierung und Reichsrat Weiterungen machten, hat für die Herren natürlich keine Bedeutung. Reichspräsident Lübe, den man wahrhaftig als vorzüglichsten Kenner und Praktiker der Reichsverfassung und der Geschäftsordnung des Reichstags wird anerkennen müssen, hat vollständig recht, als er vor der zweiten Beschlußfassung dem Hause erklärte: „Damit kein Verstum aufkommt: mehrere Lesungen über den Beschluß gibt es nicht.“ Es zeugt von wenig Respekt, daß man dies sachverständige Gutachten ignorierte. Doch hier geht's eben wie manchemal beim Kabinett Luther: der Zweck heiligt die Mittel!

Natürlich wird die Sache im Reichstag ausgetragen werden müssen. Dies schon aus dem Grunde, weil, um es mit dürren Worten zu sagen, sich der Reichstag einfach nicht länger gefallen lassen kann, daß der Reichsrat ihm — mit oder ohne Reichsregierung — auf der Nase herumtanzt, sobald es ihm paßt. Man sehe sich einmal die Reihe der Einsprüche des Reichsrats an. Was hat es da schon alles gegeben. Manchmal sind es Etatspositionen, die er zu Fall bringt, weil ver-

schiedene der Herren Reichsratsvertreter nicht vorher um gültige Erlaubnis gefragt worden sind. Dann wieder neben- sächliche Dinge — Angelegenheiten der Post —, weil Bayern keine Extrawurst bekommen hätte. Dann ging durch sein Zutun das Gesetz zugrunde, nach dem uneheliche Mutterchaft an sich kein Grund zur Einleitung disziplinarer Maßnahmen gegen eine Beamtin sein durfte. Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist an seinem Widerstand ebenfalls gescheitert. Und so könnte man noch eine stattliche Reihe anderer Heidentaten aufzählen bis zur Haltung gegenüber den Sozialdemokraten, das dem Verhalten des Reichsrats aller- dings die Krone aufsetzt. Dabei ist zu beachten, daß sich der Widerspruch des Reichsrats nicht immer aus der Welt schaffen läßt. Denn bei Gelegenheiten, die im Reichstag noch harten Kämpfen mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen beschloffen werden, kommt eine Zweidrittelmehrheit bei der zweiten Beschlussfassung natürlich nicht zustande. Damit sind diese Beschlüsse endgültig gefallen, wenn der Reichspräsident nicht einen Volksentscheid anordnet.

In dem ersten Fall ist noch besonders zu beachten, mit welchem an Ignominie grenzenden Ton in dem „Gutachten“ dem Reichstag gesagt wird, daß, wenn kein besonderer Beschluß vorliegt, es von dem guten Willen des Reichsrats und der Reichsregierung abhängt, ob er sich bei der wiederholten Beschlussfassung mit einer Befugnis begnügen dürfe, oder ob er drei abhalten müsse, wenn er den Widerspruch des Reichsrats überwinden wolle. Man sagt wohl nicht zu viel, wenn man behauptet, daß in dieser Wendung die wahre Meinung der meisten Mitglieder des Reichsrats über das Verhältnis des Reichsrats zum Reichstag zum Ausdruck kommt.

Der denkende Staatsbürger wird sich darüber wundern und sich fragen, wie es denn so weit hat kommen können. Der Sozialdemokrat, der den Reichsrat als völlig überflüssig empfindet, dessen Ideal die deutsche Einheitsrepublik ist, und der die Vertreter der deutschen Gaue im vom Volk gewählten Reichstag sieht, wird darüber hinaus es schmerzhaft empfinden, daß es ein Oxymoron gibt, in dem versucht wird, die Illüren verflorenen Standesherrn nachzuahmen. Wie gesagt, nicht alle Mitglieder des Reichsrats wandeln diese Wege. Aber die meisten tun es. Soweit diese Herren Vertreter der preussischen Provinzen sind, also aus den Wahlen zu den Provinziallandtagen hervorgehen, wird man wenig dagegen machen können. Sie haben eine den Abgeordneten ähnliche Stellung und sind nur ihren Wählern verantwort- lich. Und je nachdem die Wahlen zum Pro- vinziallandtag ausfallen, wird ein rechts- oder links- gerichteter Provinzialabgeordneter seine Provinz im Reichsrat vertreten. Ein Fehler der Weimarer Verfassung war es, nicht festzulegen, daß auch diese preussischen Stimmen sich den Anweisungen der preussischen Regierung zu fügen haben. Was da heraus kommt, spiegelt sich in den oben geschilderten Vorgängen wieder. Und der unmögliche Zustand, daß die preussischen Stimmen im Reichsrat sich infolge der Struktur der Vertretung Preußens regelmäßig zersplittern, und so den Einfluß Preußens teilweise oder ganz ausschalten, ist noch immer nicht beseitigt.

Der andere Teil der Reichsratsmitglieder sind aber Be- amte der Länder. Sie sind an die Instruktionen ihrer Re- gierungen gebunden und haben auch nicht annähernd die Eigen- schaften als Abgeordnete. Das hindert aber einen ganz erheb- lichen Teil dieser Herren nicht, in einer Weise aufzutreten, als wären sie „Mitglieder des Herrenhauses“, die nur mit Gerin- gschätzung auf den Reichstag herabsehen. Treffen diese, die mit- unter auch nicht nach den Instruktionen ihrer Regierungen fragen — manchmal haben sie auch die „richtigen“ Instruk- tionen —, in ihrem Gedankengang mit den reaktionären preussischen Provinzialvertretern zusammen, dann ist der Freudaklapp fertig, und es gibt Zusammenstöße und Konflikte mit dem Reichstag und auch mit der Reichsregierung. Leider hat der Reichstag es bisher immer verabsäumt, einen solchen Konflikt bis zu Ende durchzuführen und den Reichsrat in seine Schranken zurückzuweisen.

Kultiverte Unterhaltungsdramatik.

Der erste Abend des Gastspiels des Deutschen Theaters im Theater am Kurfürstendam wurde zu einem rauschenden Erfolg für Max Reinhardt, dem Regisseur, und Käthe Dorsch, die Trägerin der weiblichen Hauptrolle. Die beifallslose Stimmung des Publikums entsandte sich an dem Schauspiel „Regen“ von M. S. Maugham und Clemence Randolph, einer Komödie, die mit starken Effekten arbeitet und in Amerika Serien- auführungen erzielt hat. Für Berlin ist der Autor Maugham kein Unbekannter. In der Originalität seiner Einfälle und dem spannen- den Aufbau der Handlung spürt man die sichere Hand des ge- schickten Bühnentechnikers. „Regen“ hat fünf Akte. Die ersten drei lassen sogar Hoffnungen auf tiefem seelischen Gehalt aufsprießen. Die Komödie spielt auf einer einsamen Südeinsel. Der Dampfer bringt in das Haus des Händlers Horn eine bunte Gesellschaft, einen Arzt, einen Missionar, beide mit ihren Ehegefahrten, und die lockere Sade, ohne legitimen Anhang, aber dafür mit einer sehr zweifelhaften Vergangenheit und einer Freundschaftsbereitschaft, die sie sofort zur unworbenen Persönlichkeit macht. Mit ihrer so- zialen Lustigkeit und Tanzfreudigkeit stellt sie das sonst so öde Quartier auf den Kopf — und errät natürlich das Mißfallen des Missionars, der stets freudig gewillt ist, süßliches Vergnügen zu nehmen. Dieser Gottesstreiter ist kein Heuchler. Er nimmt keine Rücksicht, gegen die Sinnlichkeit zu kämpfen, bitter ernst. Er fühlt in sich die göttliche Sendung. Aber die Mittel, die er anwendet, um seine Aufgabe durchzuführen, sehen nicht aus wie Werke christlicher Nächstenliebe. Der Gouverneur ist sein Handlanger. In dem erbitterten Kampf zwischen dem Prediger und Sade, in dem alle auf Seiten des grausam unterdrückten Mädchens stehen, unterliegt dieses schließlich der Gewalt. Sie soll per Schuß nach San Francisco zurückgebracht werden, wo sie eine Zuchtanstalt abzusuchen hat. Und nun geschieht das Wunderbare: Sade, die sich vorher mit aller Kraft gegen die Befehlsbefehle gestemmt hat, wird zur reinigen Böhlerin. Wir sind aufs höchste gespannt, wie sich der Knoten lösen wird. Aber da werden unsere Hoffnungen schmählich enttäuscht. Die Tragödie biegt ins Banale und Kitschige ab. Der Missionar, selbst von der Brunnst gepiekt, schleicht sich in Sades Kammer und zahlt den Leiden der Natur einen Tribut. Und aus der Böhlerin wird wieder die frühere lustige Iole Dirne Sade.

An das Stück, das sich erst in der letzten halben Stunde als Reifer entpuppt, wendet Max Reinhardt sein reiches Können. Ein erlebnishaftes Bild von erotischem Treiben rollt sich vor unseren Augen auf. Wir fühlen die dumpfe Schwüle der tropischen Regen- periode und leben für drei Stunden in einer anderen Welt.

Hans Brausewetter (ein prächtig junger Händler), Ostar Homolka (ein fetter phlegmatischer Händler), Hedwig Bangel (eine naturliche schmierige Wulst), Liselotte Denera (eine köstliche dumme Putzfrau von Kräftigkeit) und Fried- rich Kühne (ein torcheindes Schiffsfaktum mit famozer Bronzedra) geben den bunten Rahmen für die Hauptgestalten der Komödie.

Sade — Käthe Dorsch — hat ihre Paraderolle, in der sie ihre reichen künstlerischen Fähigkeiten entfalten kann. Das gerät und zwickert und klotzt dazwischen, daß es seine Art hat. Man glaubt ihr, daß sie die ganze Bude in einen Freudenstempel verlegt. Und

Klara Zetkin.

Warum kehrt sie jetzt zurück?

In großen Leitern kündigt die „Rote Fahne“ die Rück- kehr Klara Zetkins an. Dieselbe amerikanische Reklame, die über ein Jahr lang für Ruth Fischer und Maslow gemacht wurde, wird jetzt für die greise Führerin der Kom- munisten angewandt. War früher die Parole: „Ohne Maslowismus keine Weltrevolution!“ so lautet jetzt die Parole schlechthin: „Klara Zetkin!“ Ihr Name bedeutet, nach der Versicherung Wilhelm Pieck in seiner Begrüßungsansprache auf dem Schlesischen Bahnhof, „ein Programm“. Daß sie auf einmal aus dem Dunkel hervortritt, daß sie jetzt in allen Spalten der kommunistischen Presse als große Führerin des Proletariats gepriesen wird, kann aber die Frage nicht unterdrücken, wo Klara Zetkin bisher gewesen ist, und wo ihr Programm bisher wirksam war.

Jahrelang ist die greise Klara Zetkin der deutschen Postit entzogen worden. Seit dem verhängnisvollen Märzputsch von 1921 kam sie in der deutschen kommunistischen Partei ins Hintertreffen. Ihr enges Zusammengehen mit Paul Levi, den sie schließlich im letzten Augenblick im Stiche ließ, brachte sie in den Verdacht der Ketzerei. Selbst in den Jahren der Brandler-Zentrale ist Klara Zetkin stets argwöhnisch beobachtet worden und nach dem Zusammen- bruch der opportunistischen Taktik der KPD, nach dem Siege der Ruth Fischer mußte sie überhaupt in Rus- land bleiben. Sie war die Gesangene der Bolsche- wiki, die ihr die Heimkehr nicht gestatteten, weil sie von ihr eine ungünstige Beeinflussung der deutschen kommunistischen Partei erwarteten. Klara Zetkin, jetzt auf einmal die große Führerin, war die Verbannte, und sie spielte in der Verbannung nur die gleiche Rolle, die sie auch jetzt spielen wird: eine Figur auf dem Schachbrett der bolschewistischen Taktik zu sein. Höchstens durfte sie im Innern Russlands bei feierlichen Anlässen sich den russischen Arbeitern zeigen, denn die Bolschewisten verstehen es sehr gut, zur Beruhigung ihrer Arbeitermassen Vertreter der europäischen Arbeiterbewegung auszusuchen.

Jetzt kehrt Klara Zetkin nach Deutschland zurück, weil die Bolschewiki ihr die Rückkehr gestattet haben. Sinn- fällig wird die Bedeutung dieser Rückkehr dadurch, daß gleich- zeitig Ruth Fischer, die bisherige kommunistische Göttin, in Moskau bleiben muß, während Maslow eine Verbannung nach Sibirien dadurch eripart bleibt, daß der deutsche Staatsgerichtshof ihn zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, wodurch er den Bolschewiki diese Arbeit abnahm. Klara Zetkins Rückkehr ist lediglich die Folge des Front- wechfels der Bolschewiki. Er durfte nicht gleich nach dem Erscheinen des Ekki-Briefes erfolgen, weil gerade der Wandel der Personalpolitik die kommunistischen Organi- sationen zu mißtrauisch gestimmt und die Umstellung erschwert hätte. Jetzt hat sich die neue Taktik in der kommunistischen Parteiorganisation durchgesetzt, nachdem alle angestellten Funktionäre beschlagnahmt eingeschwenkt sind und nun kann auch Klara Zetkin zurückkehren. Noch wird Brandler von Deutschland ferngehalten, weil der Prozeß gegen die Kommunistenzentrale noch unentschieden ist. Aber auch das wird bereinigt und auch diese Personalfrage wird im Sinne der neuen Taktik erledigt werden.

Klara Zetkin ist gedacht als Attraktion für die sozialdemokratischen Arbeiter. Sie soll in dem Kampf gegen die sozialdemokratische Festung, gegen die Ge- schlossenheit, Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung als stärkster Sturmbock dienen. Moskau hat erkannt, daß Ruth Fischer dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Klara Zetkin soll Ge- legenheit gegeben werden zu zeigen, ob sie es besser versteht. Niemand wird eine Frau von dem Namen Klara Zetkins um diese Rolle beneiden.

dann erschüttert sie wieder in ihrer langsam aufkeimenden Ver- zweiflung. In ihrem Ton liegt etwas Hilfloses und Mitleidbegehendes, das die Seele miterschwingen läßt. Eugen Kasper als Missionar hält sich in den ersten Akten topfer im Jaum, die schmierige Sa- boderei findet nicht nur in der Stimme, sondern in seiner ganzen Haltung ihren Ausdruck. Wie er aber keine Rolle anpackt, kommt etwas Zwiespältiges zustande. Er gibt dem Missionar die heuchle- rischen Jüge einer Larifari-Figur, die im Stück nicht begründet sind. Und in der Szene, wo es ihn in Sades Kammer reißt, verliert er die Gewalt über sich. Da spielt er auf große Wirkung und es wird bloßes Theater und zwar schlechtes Theater. Ernst Degner.

Die „Ausländer der Berliner Schauspielbühnen“. Der Ver- band deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnen- komponisten E. B. protestiert in einem Aufruf gegen die „Aus- länder der Berliner Schauspielbühnen“, die in der laufenden Spiel- zeit einen bisher unerhörten Grad erreicht haben. „Der Verband als Berufsorganisation der deutschen Bühnenautoren“, heißt es darin, „ist weit davon entfernt, die Einbürgerung bedeutender Dichter des Auslandes zu hindern; er erblickt vielmehr in der Unversittlichkeit des deutschen Theaters einen Ruhestuhl. Da dieses aber nach seiner Meinung zuvörderst die deutsche dramatische Dichtung zu pflegen und zu fördern hat, wendet er sich um so energischer gegen den wohl- losen Massenimport theatralischer Marktmare, die weder an Qualität noch an Zugkraft die verdrängte heimische Produktion übertrifft.“

Wir vermuten, daß dieser Appell wenig fruchten wird. Die deutschen Theaterdirektoren wählen für ihren Spielplan die Stücke, von denen sie sich im Rahmen ihrer Bühne den größten geschäft- lichen Erfolg versprechen. Andere Rücksichten kommen kaum in Betracht. Daron wird und kann sich nichts ändern, solange die Bühnen fast ausschließlich kapitalistische Erwerbsunternehmungen sind.

Der Lehrplan des Bauhauses. Das von Weimar nach Dessau übergesiedelte und dort neuorganisierte Bauhaus hat jetzt seinen Lehrplan herausgegeben. Die Lehrgebiete zerfallen in Wert- lehre, und zwar Tischlerei, Silber- und Kupfer schmiedearbeit, Wandmalerei, Weberei und Färberei und schließlich Buch- und Kunstdruck mit den ergänzenden Gebieten Material- und Werkzeug- kunde und Grundbegriffe von Buchführung, Preisberechnung und Vertragsabschlüssen, zweitens in Formlehre, die Wertstoff- kunde, Naturstudium, Projektions- und Konstruktionslehre, Werk- zeichnen, Modellbau, Entwerfen, Raum- und Farblehre umfaßt. Ueber die Ausgestaltung dieser einzelnen Lehrgebiete sowie über die Aufnahmebedingungen und die Lehrfolge werden sehr ausführliche Mitteilungen gemacht. Gruppen- und Maholy-Rang geben im Ver- log von Albert Langen in München auch eine Folge von „Bau- hausbüchern“ heraus, in denen Vertreter des internationalen Kunst- lebens künstlerische, wissenschaftliche und technische Fragen mit dem Blick auf die Gesamtheit der Gestaltungsgebiete behandeln.

Die Zusammenziehung der Berliner Studentenschaft. In den Kreisen, die ihre Söhne auf die Universitäten schicken können, ist in den letzten zehn Jahren eine wesentliche Umwälzung vorgegangen. Das lehrt die Statistik, die auf Grund der Angaben der Berliner Universitätsstudierenden jetzt von Ludwig Suphan in den „Berliner Hochschulnachrichten“ veröffentlicht wird. Von den 6268 männlichen

Beamtengehälter im Hauptauschuß.

Die Regierung will eine Erhöhung vertragen.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags verhandelte heute die Anträge auf Erhöhung der Beamtenbesoldung, die von den Sozialdemokraten und anderen Parteien gestellt sind. Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium machte ernste Bedenken geltend. Die Folgen ließen sich überhaupt nicht übersehen, da sie auf die Länder, die Gemeinden, auf die Post und die Reichsbahn übergreifen. Eine abschließende Stellungnahme sei noch nicht möglich, solange nicht das Deckungsproblem gelöst sei. Denn jetzt liege aber dem Reichsrat ein Entwurf zur Senkung der Lohnsteuer vor, der die Einnahmen vermindere.

Reichsminister Dr. Luther wies darauf hin, daß sich die Regierung in einem Uebergangsstadium befinde, der ganze Kraftkreis konzentrierte sich auf die Außenpolitik. Während dieses Zwischen- zustands könne die Regierung nicht innenpolitische Handlungen vor- nehmen, deren finanzieller Ausgang sich nicht übersehen lasse. Dafür könne sie nicht die Verantwortung übernehmen. Er bitte also die Frage der Beamtenbesoldung bis zu dem Augenblick zu ver- tagen, wo die Regierung zurückgetreten sei.

Müller-Franke (Soz.) erklärte, es gehe nicht an, diese Frage gänzlich zu vertagen. Seine Fraktion habe angenommen, daß die Regierung selbst eine Erhöhung der Gehälter anstrebe. Trotz der Krise müsse eine Verständigung der Parteien herbei- geführt werden.

Reichsminister Dr. Luther pflichtet dem Vordredner darin bei, daß eine Vertagung ins Unbestimmte unerträglich sei. Es empfehle sich jedoch, Steuerfragen, Beamtenfragen, andere Erhöhungsfragen und auch die Kreditfrage einheitlich zu beraten.

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wschhoff bat, zu be- rücksichtigen, daß Länder und Gemeinden an der Einkommen- und Lohnsteuer mit 75 Prozent beteiligt seien. Die Fragen könnten also nicht ohne Länder und Gemeinden gelöst werden. Die Not der Beamten sei anzuerkennen, aber das sei nur ein Teil der allgemeinen Not, in der sich auch die Steuerzahler einschließlich des Mittelstandes befinden.

Nach weiteren Reden der Parteivertreter, in denen die Notwendigkeit einer Aufbesserung anerkannt wurde, sprach Steinkopf (Soz.), der die Frage aufwarf, ob es nicht möglich gewesen wäre, schon heute die erforderlichen Unterlagen einzubringen. Eine Ver- ständigung der Parteien müsse unbedingt erstrebt werden. Die preussische Erklärung sei unklar gewesen. Es wäre außer- ordentlich bedauerlich, wenn die Länder die Not der Beamten zu einem Druck für die Änderung des Finanzausgleichs benutzen wollten. Steinkopf fragte die Regierung, ob es möglich sei, daß min- destens die unteren Besoldungsgruppen noch vor Weihnachten wenigstens bis 10 Proz. für die Besoldungsgruppen 1-6 in die Hand bekommen könnten. Dabei dürfe diese Reform nicht mit der Veränderung des Systems an sich verquillt werden. Die Reichsbahn dürfe nicht dauernd eine besondere Besoldungspolitik treiben und nicht Einspruch erheben, wenn im Reich etwas unternommen werde.

Preussischer Finanzminister Höpfer-Wschhoff bestrittet, unklar gewesen zu sein für Preußen bedeute der Antrag der Sozial- demokraten eine Mehrausgabe von 25 Millionen, ebenso viel für die Gemeinden. Preußen ist aber in seiner Steuer nicht souverän, eine weitere Erhöhung seiner Steuern sei kaum möglich. Man müsse also immer fragen, welche Möglichkeiten die Länder haben, den Forderungen der Beamten Rechnung zu tragen, und ob sie das ohne Hilfe des Reiches tun könnten. Das sei aber nicht der Fall. Aber die preussische Regierung würde es nur begrüßen, wenn man den Beamten helfen könnte.

Staatssekretär Fischer weist nochmals auf die Schwierigkeit der Materie hin. Auch für die Anregung des Abg. Steinkopf sei eine Prüfung des Materials unerlässlich, es sei eine endgültige Antwort also nicht möglich.

Nach weiterer längerer Aussprache wurde ein sozialdemo- kratischer Antrag angenommen, der verlangt, daß dem Haushaltsauschuß bis spätestens den 9. Dezember das einschlägige Material vorgelegt wird, damit noch vor Weihnachten die Entscheidung getroffen werden kann.

und 1043 weiblichen Studierenden rekrutieren sich 1075 aus den Kreisen der höheren Beamten. 1651 Studierende hatten mittlere Beamte zu Vätern, 102 Studierende wurden von ihren Vätern aus dem Stande der unteren Beamten das Studium ermöglicht. Aus den Familien der Angehörigen freier Berufe mit akademischer Bildung entstammen 388 Studierende, die Angehörigen freier Berufe ohne akademische Bildung stellen 138 Studierende. 145 Studierende haben Väter, die Offiziere und höhere Militärbeamte waren oder sind. Von den Vätern der Großlandwirte kamen 82, von denen der Kleinland- wirte 200 Studierende. 1997 Studierende weist die Statistik auf als Kinder von Handels- und Gewerbetreibenden; darunter 413, deren Väter Besitzer und Direktoren von Fabriken, Direktoren von Aktien- gesellschaften und G. m. b. H., und 354, deren Väter selbständige Handwerksmeister sind. 232 Studierende suchen ihre akademische Ausbildung als Sprößlinge von Privatangestellten in leitender Stellung, während 616 Studierende Vätern, die als sonstige Privatangestellte geführt werden, den Hochschulbesuch verdanken. 60 Studierende sind Söhne von Arbeitern, (davon 3 Theologen, 9 Juristen, 4 Mediziner und 44 bei der philosophischen Fakultät). Coangelisch sind 4689, katholisch 788, jüdisch 1021, bekennungslos 88. Die Ueberalterung der Studentenschaft zeigt sich u. a. in dem Vor- handensein von 1045 preussischen Studenten im 12. über einem höheren Semester (bei einer Gesamtzahl von 30 001) und 2050 Stu- dierenden, die das 30. Lebensjahr überschritten haben. Diese letzteren sind zum Teil die früheren Offiziere oder Beamten, die nicht selten schon ein zweites Mal unternommen, aber auch die älteren Volks- und Mittelschullehrer, die ihre Kenntnisse erweitern wollen.

Der Abbé Wetterlé, dessen Tod wir an anderer Stelle melden, war bei allen ungünstigen Charaktereigenschaften immerhin ein recht mütiger Mensch. Noch vor wenigen Monaten wurde in den Wände- lungen der Pariser Kammer, der er nach dem Kriege angehört, folgende Anekdote kolportiert: Ein freiberuflicher Abgeordneter fragte ihn, ob er denn wirklich an Paradies und Hölle glaube, was er unter Himmels auf seine Priester-eigenschaft selbstverständlich be- jah. Auf die weitere Frage, wohin er nach seinem Tode lieber wandern möchte, erwiderte er mit einem feinen Lächeln: „Wissen Sie, Herr Kollege, das ist keine leichte Frage. Was die Temperatur anbelangt, bin ich unbedingt für das Paradies. Was die Gesellschaft betrifft, würde ich die Hölle vorziehen.“

Direktor Carl Heber, der frühere Küldirektor des Theaters des Westens, ist nach längerem Verbleiben verstorben.

Zur Jugendweiche empfiehlt das Arbeiterbildungsinstitut Leipzig das Gedichtbüchlein, das von ihm in diesem Jahre herausgegeben worden ist und allgemein Anerkennung gefunden hat. Das Büchlein enthält Gedichte, Aufsätze, Erzählungen und guten Bildhauers und stellt in halbdieben ge- bunden nur ein Karl. Organisationen erhalten bei Sammelbestellung Preisermäßigung.

Das März-Denkmal in Moskau. Das Denkmal, welches Moskau Karl März errichten will, hat nun nach längeren Debatten seinen Platz gefunden. Es wird auf dem Sverdlov-Platz aufgestellt werden. Der Schöpfer des Denkmals ist der russische Bildhauer Michin. Auf einem großen Granit- block wird die Gestalt von Karl Marx sich erheben. Am Sockel steht eine Gruppe von Arbeitern, Bauern, Soldaten der Roten Armee und proletarischen Frauen und Mädchen.

Ein Willkürakt.

Der Wahlleiter der Provinz Brandenburg als Helfers- helfer der Rechtsparteien.

Unter dieser Ueberschrift haben wir am 20. November von der eigenartigen Methode Kenntnis gegeben, mit der der „Geheime“ Regierungsrat Gerhardt als Provinzialwahlleiter für die Provinz Brandenburg die Reihenfolge der Wahlvorschläge aufgestellt hat. Gegen diesen Vorwurf wendet sich der Herr Geh. Regierungsrat in einer Zuschrift, die er uns in einem gedruckten Abzug zusendet. Sachlich enthält diese Zuschrift nicht die geringste Widerlegung der von uns erhobenen Einwände. Um so interessanter ist die Selbstentfaltung, die der Provinzialwahlleiter vornimmt. Er hält es für angebracht, die sachliche Erörterung darüber, ob das von ihm beliebte Verfahren dem Sinn des Gesetzes entspricht oder nicht, mit einer heftigen politischen Polemik gegen die Sozialdemokratie und direkter Wahlpropaganda zugunsten der bürgerlichen Parteien zu verbinden. Er wagt es, in dieser Zuschrift zu schreiben:

„Dieser Kampf hat unzweifelhaft eine außerordentlich belebende Wirkung zur Folge, deren die wohlgeordnete Sozialdemokratie nicht nötig zu haben pflegt, wohl aber die bürgerlichen Kreise, die an Wahlwürdigkeit bekanntlich Erstaunliches zu selten wissen. Sie dürfte dieser Bedrängnis aus ihrer lethargie aufrütteln und damit das Gegenteil von dem herbeiführen, was er bezweckt. Wenn übrigens der Verfasser infolge Rücksichtnahme seiner autoritativen Willensmeinung den ganzen Inhalt von vornherein als ungültig ansieht und dessen Anfechtung auf das bestmögliche ankündigt, dann ist es doch überhaupt von seinem Standpunkt aus eine ganz unzulässige Mühe, die Wahlberechtigten einer Partei zu ungeschicklicher Wahlbeteiligung aufzurufen, wie es jetzt geschieht.“

Der Herr Geheime Regierungsrat hat sich in seinem Schreiben eingangs dagegen gewandt, daß er als „Helfers- und Helfer der Rechtsparteien“ bezeichnet wurde. Nach dieser famosen Leistung wird er selbst wohl nicht mehr gut leugnen können, daß seine Sympathien für die Rechtsparteien sehr stark sind, so stark, daß sie ihn veranlassen, sogar in amtlicher Eigenschaft für sie Propaganda zu machen. Seine Entscheidung über die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln charakterisiert sich dadurch erst recht als das, was sie ist, als eine Unterführung der Rechte.

Verstärkung der Besatzung in Trier.

Deutsche Vorstellung bei der französischen Regierung.

Trier, 25. November. (Mth.) Wie die Stadtverwaltung mitteilt, hat der Befehlshaber der französischen Garnison in Trier der Stadt nunmehr offiziell mitgeteilt, daß das Kommando eines Armeekorps und einer Kavalleriedivision nach Trier verlegt werden. Dabei wurde bemerkt, daß jedoch infolge einer Erleichterung eintrete, als für die neu hinzukommenden Formationen der Stadt der in Trier befindlichen Infanteriedivision von Trier nach einer anderen Stadt des besetzten Gebietes verlegt werde. Die Verlegung des Stabes der Infanteriedivision aus Trier hat eine kleine Verbesserung infolge der Folge, als nicht der ganze Augustinerhof beschlagnahmt werde, sondern nur das Gebäude, in dem bis zum Oktober 1923 die Eisenbahndirektion Trier provisorisch untergebracht war. Was die weiter in Anspruch genommenen etwa 100 Wohnungen betrifft, so soll der Stadt von der französischen Besatzung noch eine Uebersicht gegeben werden. Es bleibt abzuwarten, ob auch in diesem Punkte noch eine Verminderung der französischen Ansprüche erreicht wird.

Die Berliner zuständigen Stellen, also insbesondere das Auswärtige Amt und das Ministerium für die besetzten Gebiete, haben sich, wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, sofort nach Bekanntwerden der Sachlage mit dieser Frage beschäftigt. Man hat hier die bestimmte Hoffnung, daß die angekündigten Quartierlasten noch rückgängig gemacht werden können. Der deutsche Botschafter in Paris ist beauftragt worden, bei der französischen Regierung mit allem Nachdruck zu verlangen, daß eine Mehrraumanspruchnahme vermieden wird. Man ist um so mehr geneigt, an einen guten Erfolg zu glauben, als es in ähnlichen Fällen in den letzten Wochen schon verschiedentlich der Regierung gelungen ist, solche drohenden Maßnahmen abzuwenden.

Der „neue Kurs“ in Memel.

Wahregelung von memelländischen Beamten.

Memel, 25. November. (Mth.) In der zweiten Sitzung des memelländischen Landtages machte der Abg. Rogge (Volkspartei), Landgerichtsrat, die aufsehenerregende Mitteilung, daß zwei von der Bevölkerung zu Abgeordneten gewählte Beamte, nämlich Schulrat Meyer und Landespolizeikommissar Richter, von ihren Amtiern entlassen worden seien. Die beiden Beamten hätten ein Schreiben vom Landesdirektorium erhalten, in dem erklärt werde, daß sie für die Dauer des Sejmels aus ihren Dienststellen ausscheiden. Demzufolge werden sie mit Ablauf des 23. November, des Tages des Zusammentrettes des Landtages, von ihren Dienstgeschäften entbunden. Ein gleiches Schreiben solle auch an ihn, den Redner, gerichtet worden sein, er habe es aber noch nicht erhalten. Abg. Rogge wies auf den Widerspruch hin, in dem diese Maßnahme zum Memelstatut stände und brachte schließlich einen Antrag ein, in dem Protest gegen die Maßnahmen des Landesdirektoriums erhoben wird. Dieser Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen der beiden Litauer angenommen.

Abschaffung des Paktzwanges.

Zwischen Holland und Deutschland.

Rotterdam, 25. November. (Mth.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Gestern mittag hat im Haag im Ministerium für Arbeit, Handel und Industrie eine Besprechung mit einer aus Vertretern verschiedener Handelskammern zusammengesetzten Kommission stattgefunden, die sich mit der bevorstehenden Aufhebung des Paktzwanges namentlich im Verkehr mit Deutschland befaßte. Die Militärbehörde hat, wie bei dieser Besprechung zutage trat, gegen die Aufhebung des Paktzwanges keine Bedenken mehr, so daß die Angelegenheit jetzt in das allerletzte Stadium getreten ist. Die endgültige Abschaffung des Paktzwanges soll möglichst noch vor dem 1. Januar 1926 durchgeführt werden.

Flamenfeindliche Studentenkrawalle.

Brüssel, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) In Gent fanden am Dienstag ernste Studentenkrawalle statt. Flamenfeindliche Studenten brachen in die Wohnung des neu ernannten flämischen Universitätsprofessors Huzmans und zertrümmerten Fenster und Türen. Der Professor verteidigte sich persönlich und verletzte mehrere Studenten. Zwei Studenten wurden verhaftet.

Schulkinderpflege.

Gelegentlich einer einleitenden Besprechung des Verbandes für Schulkinderpflege machte Frau Dr. Helene Simon an Hand ihres Buches über den Schutz der Kinder in der Landwirtschaft Ausführungen über die vielseitigen und außerordentlichen Schwierigkeiten der Kinderarbeit auf dem Lande. Die in dem Buch verarbeitete Umfrage hat gezeigt, welche großen Gefahren die Kinder durch die Mitarbeit in der Landwirtschaft ausgegesetzt sind. Diese übersteigt sehr oft bei weitem ihre körperlichen Kräfte, beansprucht jegliche Freizeit und darüber hinaus oft auch noch die Schulzeit und fordert oft von den Kindern ein derartiges Maß von Verantwortung und Selbstständigkeit, das sie in ihrem Alter noch nicht aufbringen können. Frau Dr. Simon wies darauf hin, daß neben allen anderen Schäden, die eine derartige Ausnutzung der Kinder mit sich bringt in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung, sicherlich auch die Landkultur der Jugendlichen eine Folge der zu schweren Arbeit im Kindesalter ist, die nicht schnell genug den zu schweren Anforderungen entgegenwachsen können und hoffen, in der Industrie und in der Stadt leichtere Arbeit zu finden. Die Liebe zur Arbeit wird in den Kindern erstickt, ihr Heimatgefühl durch die Arbeit nicht gefördert, sondern gehemmt. Nicht zu verkennen ist auf der anderen Seite, daß die Hilfe der Kinder im ländlichen Haushalt, insbesondere im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb für die Kinder förderlich sein und so gestaltet werden kann, daß sie den Kindern nützlich wird, in ihnen Verständnis und Liebe für ihre Umgebung erweckt und sie für den landwirtschaftlichen Beruf vorbereitet. Es gilt daher, in weitesten Volkskreisen Aufklärung über diese Fragen zu verbreiten und in gesetzlichen Maßnahmen nur soweit die Kinderarbeit zu begrenzen, als der Schutz der Kinder umgänglich fordert und das Verständnis der beteiligten Kreise zu wecken in der Lage ist. In der Aussprache wurde von allen Seiten betont, daß wichtiger als neue gesetzliche Regelungen, die Aufgabe ist, im Volk das Verständnis für die Fragen des Kinderschutzes zu wecken. Nur ein Gesetz, dessen Forderungen lebendig im Bewußtsein aller Volkskreise sind, hat Aussicht auf sinnvolle Durchführung. Andererseits wurde gefordert, daß eine Neuorganisation des Kinderarbeitschutzes auf der Wohlfahrtspflege aufbauen müsse, denen Möglichkeiten zu positiven Hilfsmitteln für bedürftige Fälle an die Hand gegeben sind. In der Aussprache über Schutz und Förderung der schulunterschiedlichen Mädchen nahm die Besprechung des hauswirtschaftlichen Pflichtfortbildungsjahres nach Bremer Muster einen breiten Raum ein. Angeregt wurde im Anschluß der Ausbau einer umfassenden Erholungs- und Fortbildung für schulenunterschiedliche Mädchen, die auch im Sinne des hauswirtschaftlichen Jahres gestaltet werden könne. Im Anschluß an die Verhandlungen beschloß der Ausschuss und Vorstand sich dann noch mit der Vorbereitung von Anträgen, die und Vorstand sich dann noch mit der Vorbereitung von Anträgen, die richten sind. — Für Mitte Februar plant der Vorstand die Veranstaltung einer Ausschusssitzung mit Gasten in Berlin. Es sollen hier die Fragen der Zusammenarbeit von Schule und Schulkinderpflege und der ergänzenden Fürsorgeeinrichtungen für Schulkinder gemeinsam mit den Kreisen der Berliner Jugendwohlfahrt und der Lehrerschaft besprochen werden.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Vollstehende am teuersten.

Aus den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, die wöchentlich über die Preisbewegung der wichtigen Lebensbedürfnisse veröffentlicht werden, geht hervor, daß Früchte und Gemüse gegenüber den Vorkriegspreisen am meisten im Preise gestiegen sind. Während die Preissteigerung für die einzelnen Lebensmittelgruppen im Durchschnitt zwischen 21,5 und 84,5 Proz. über dem Vorkriegsstande liegt, sind einzelne Lebensmittel ganz exorbitant übersteuert. An erster Stelle stehen da beispielsweise geräuherte Heringe mit 200 Proz. mehr als im November 1913. Es folgen dann gelbe Kohlrüben mit 180 Proz., Spinat mit 164,7 Proz., Zwiebeln mit 150 Proz., Radiesen mit 133,3 Proz., Dorsch mit 120,8 Proz. über Friedenspreis. Auch Mohrrüben sind sehr stark übersteuert und kosten 128 Proz. mehr als im Frieden. Ueber 100 Proz. sind ferner gestiegen: gebrannter Kaffee, mittlere Sorte mit 118 Proz., Harzer Käse mit 112,5 Proz., Schollen und Pfundern mit 104 Proz. Das einzige Lebensmittel, das im Preise gegenüber dem Friedensstande gesunken ist, ist Kunsthonig. Unter dem Friedenspreis ist lediglich Salz notiert, das 27,3 Proz. weniger kostet als zu Vorkriegszeiten.

Eine Falschmünzwerkstatt aufgehoben.

Drei Verhaftungen.

Falsche Zweimarkstücke tauchten im vergangenen Monat in Groß-Berlin auf. Am 24. Oktober wurde der erste Vertreter, ein junger Mann namens Hans Rhein, in der Badstraße festgenommen, als er in einem Lokal mit einem Zweimarkstück zahlte. Die Münze fühlte sich fettig an und auch am Klang erkannte der Wirt sofort die Fälschung. Er ließ den Gast festnehmen, während sein Begleiter entkam. Rhein behauptete, dieses Zweimarkstück und noch sechs andere gefälschte, die man bei ihm fand, in einer Schankwirtschaft beim Wecheln eines Zwanzigmarskcheines erhalten zu haben, wollte aber nicht mehr wissen, wo das gewesen sei.

Nach einiger Zeit erhielt ein Zeitungshändler in Oranienburg ein Falschstück der gleichen Art in Zahlung. Er hatte sich den Kunden gemerkt und ließ ihn mit Hilfe von Bohndamen festnehmen, als er nachmittags wieder an seinem Stande vorbeikam. Der Begleiter entkam wiederum. Bei dem Verhafteten, einem Kaufmann Josef Heller, fand man nichts mehr. Er hatte wahrscheinlich seinen Vorrat in Oranienburg schon an den Mann gebracht oder vielleicht auch seinem Begleiter zugestekt. Rhein und Heller wollten beide keine Wohnung haben. Die Kriminalbeamten ermittelten jedoch ihre Behausungen, fanden aber nichts darin. Sie gingen nun ihrem Versteck nach und stellten fest, daß beide, die sich gar nicht kennen wollten, wiederholt in einem Lokal in der Adlerstraße zusammengekommen waren. Zu ihnen gehörte noch ein Schlichter Willi Bäscher, der aber zunächst nicht zu finden war. Erst jetzt wurde er am Bülowbogen ermittelt und ebenfalls festgenommen. Auch er behauptete, wohnungslos zu sein. In Wirklichkeit aber wohnte er in einem Keller in der Bülowstraße. Hier entdeckten die Beamten auch alle Geräte zur Herstellung der Falschstücke und unter dem aufgerissenen Fußboden, der aus Ziegelfestern bestand, eine kleine Riste mit 716 fertigen falschen Zweimarkstücken. Jetzt legten die Verhafteten ein Geständnis ab. Bäscher hatte die Falschstücke hergestellt und mit Rhein und Heller zusammen auch vertrieben.

Die Weistiedelbrücke auf dem Dache.

Die im 3. Stock des Hauses Wallradenstr. 19 wohnhafte 36 Jahre alte Schneiderin Frieda Walsch kletterte gestern abend mit einem breunenden Licht in der Hand auf das Dach des Hauses und geriet in die Gefahr, abzufallen. Das sofort herbeigerufene Ueberfallkommando drang in die Wohnung ein, und es gelang ihr, die Unglückliche noch im letzten Augenblick zurückzuhalten und sie durch das Fenster in die Wohnung zurückzubringen. Bei diesem Vorgang löste sich ein Ziegelfestern, der den Bürger Willi Lohmeyer aus der Dragonerstr. 33 erheblich am Kopfe verletzte. Er erhielt auf der nächsten Rettungsstelle einen Notverband. Die Walsch wurde der Anstalt in Herzberge zugeführt.

Großagrarische Wiß.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt ausmachenden Großagrariern, erregt sich darüber, daß die „Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Republikaner“ eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung gemacht hat, mit dem Ersuchen, dem Königsplatz den Namen „Platz der

Republik“ zu geben. Nachdem sie festgestellt, daß es eigentlich Republikplatz heißen müsse, sagt sie in häßlicher Geisteslosigkeit: „Platz der Republik“ kann wirklich nur in französischem Deutsch ausgedrückt werden. „Republikplatz“ ist ebenfalls nicht wohlklingend. Allen er entspricht dem Wesen unserer heutigen staatlichen Form durchaus. Es ist doch charakteristisch dafür, wie unseren radikal-nationalen Nationalistenschülern der Kamm geschwollen ist, daß sie es wagen, dem Volk neben der methodischen Ausplünderung auch noch frechen Hohn zu bieten.

Wenn unsere teutschen Edelinge Wiße machen wollen, so bringen sie es nur bis zum Geißloos-Gemeinen und allenfalls noch bis zu einem — Carlswiß.

Der sechzigste Geburtstag Damaschkes.

Gestern abend veranstaltete der Bund der Deutschen Badenreformer in der Aula der technischen Hochschule Charlottenburg eine Festversammlung aus Anlaß des sechzigsten Geburtstages des Bundesvorsitzenden Dr. h. c. Adolf Damaschke. Bereits lange vor Beginn der Feier war die große Aula überfüllt. Als Damaschke kurz nach acht Uhr die Aula betrat, erhob sich die Versammlung und feierte stürmisch den Jubilar. Die Feier begann mit einem Chor und einem Prolog, den Prof. Ferdinand Gregori vortrug. Darauf sprach Prof. Jermann, der zweite Vorsitzende des Bundes. Er gab einen kurzen Rückblick auf die Jugend Damaschkes, anknüpfend an den zweiten Band der Damaschkeschen Erinnerungen: Lebenswende. Gleichzeitig als Vertreter der deutschen Hochschullehrer überreichte Prof. Jermann eine Adresse der deutschen Hochschullehrer und die Promotionsakte der Ludwigsuniversität Gießen, die Damaschke zum Ehren doktor der Theologischen Fakultät ernannte. Oberbürgermeister Bellau-Hellbronn überbrachte die Glückwünsche des Deutschen Städtebundes, erwähnte die Verdienste Damaschkes um den § 105 der Reichsverfassung und schloß mit der Mitteilung, daß zu Ehren Damaschkes eine Straße in Heilbronn nach ihm benannt worden sei. Darauf sprachen die Vertreter der Reichstagsfraktionen. Reichstagspräsident Gen. Vöbe begrüßte Damaschke im Namen der SPD. und der gesamten Volksovertretung. Seinen Lebenserinnerungen derart feststellend wie die Damaschkes, denn aus ihnen spräche nicht nur Kopf und Verstand, sondern auch ein warmes Herz für die ganze Menschheit. Merkwürdig sei es, daß gerade die, die immer behaupteten, ihrem Lande am besten zu dienen, Damaschke verfolgt hätten. Der frühere demokratische Reichsminister Koch führte darauf aus, wieviel die neue Generation Damaschke zu verdanken hätte. Der Kapitalismus müsse halt machen vor dem Grund und Boden, diese klare Erkenntnis verdanke man Damaschke. Sein Verdienst sei es, daß dem Reich die Gelegenheit in bezug auf Bodenfragen in die Hand gegeben worden sei. Zeit entscheidet der Reichstag darüber. Immer sei Damaschke Idealist gewesen, aber ein Idealist, der nie den Boden unter den Füßen verloren hätte, ein Mensch von wahrer staatsbürgerlicher Gesinnung. Die demokratische Partei werde sich seine Lehren immer zu Herzen nehmen. Und selbst die Vertreter der Rechtsparteien fanden Worte des Lobes für Damaschke. Als letzter der parlamentarischen Vertreter sprach der Landtagspräsident von Anhalt, Genosse Peus. Die Bodenreform stände weit über allen politischen Fragen, hier müßten sich alle Parteien treffen, und jeder Partei sei zugurufen: Es lebe die Bodenreform.

Ein neues Verkehrs-Nachtsignal.

Die Verkehrspolizei hat zu den zahlreichen Verkehrseinrichtungen nun auch probeweise einen Nachtsignalapparat zur Aufstellung gebracht. Dieser nur für die Nachtzeit bestimmte Verkehrsregler ist an der Charlottenburger Chauffee, Ecke Siegedalle zur Aufstellung gelangt. Ueber dem bereits bekannten Flügelpaar der früheren Apparate trägt er eine vierkantige Laterne, nach Art der Eisenbahnsignale, mit grünem und rotem Licht. Das geltende Prinzip im Verkehrsweien, wonach grünes Licht den Verkehr freiläßt und rotes ihn aufhält, ist beibehalten worden.

Zum Tode Dr. Wehl.

Der Vorsitzende unserer Stadtverordnetenfraktion Genosse Geminik erhielt folgendes Schreiben von der Fraktion der Deutschen Volkspartei:

„Hochverehrter Kollege! Namens der Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Volkspartei gestatte ich mir Ihnen das innigste Beileid anlässlich des Todes des Herrn Dr. Wehl auszusprechen.“

Paul Schwarz.

Der Existenzkampf der Schupo-Beamten. Auf den Straßen erregte ein Plakat Aufsehen, das zum Besuch der Protestversammlung der unteren Beamtengruppen am heutigen Mittwoch aufruft und von der gemerkchaftlichen Organisation der Schupo-Beamten stammt. „Volksgenossen“, heißt es u. a. in dem Aufruf, „die Beamten schützen euer Leben und Eigentum. Wie werden sie dafür bezahlt? Mit 108 M. und 50 Pf. Es ist allerdings bringend notwendig, daß mit einer derartig unwürdigen kaum noch erträglichen Befoldung der unteren Beamtenschaft Schluss gemacht wird. Während die Herren in „gehobener Stellung“ Zuschuß um Zuschuß, Zulage um Zulage erhalten, sucht man die kleinen Beamten mit Phrasen fett zu machen. Besonders in der Polizeibeamtenschaft ist die Erregung über die starke Spannung zwischen den Gehaltsstufen der oberen und unteren Beamtenschaft eine erhebliche.“

Das Pferd in der Dungsgrube. Eine eigenartige und wenig angenehme Tätigkeit hatten gestern nachmittags 22 Feuerwehrleute in der Lillier Straße 13 auszuüben. Auf dem Hofe befindet sich eine Wolkerei und dicht neben dieser die bekannt Dungsgrube. Das Pferd des Besitzers glitt aus und stürzte in die Grube, die bis oben hin mit Muddung angefüllt war. Alle Bemühungen, das Pferd zu bergen, blieben zunächst erfolglos, so daß die Feuerwehr alarmiert werden mußte. Da der Dung das Pferd förmlich festsaugte, war es nicht möglich, das Tier durch Hebelwerkzeuge zu bergen, da man fürchtete, es auseinander zu reißen. Es blieb nur übrig, die starken Zementmauern aufzumeißeln und schließlich abzutragen. Nach vierstündiger angestrengter Tätigkeit gelang es dann, das Pferd wohlbehalten ins Freie zu befördern. Ein nasser Strahl gab dann dem grün angelegenen Pferd seine natürliche Farbe wieder.

Ministerpräsident Genosse Otto Braun spricht am Donnerstag, den 20. November, abends 8 Uhr, in einer Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Dahlem im Lokal von Schilling (Untergrundbahnstation Dahlem-Dorf).

Die Abgrenzungspfeile im Straßenverkehr. Die Direktion der Berliner Straßenbahn hat bekanntlich vor einiger Zeit im Einvernehmen mit der Verkehrspolizei am Kurfürstendamm, Ecke Joachimsthaler Straße, Schutzpfeile aufgestellt, die des Ein- und Ausströmen regeln, und die Gefährdung der Fahrgäste durch den hier sehr starken Kraftwagenverkehr beseitigen sollte. Das Experiment hat sich, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, recht gut bewährt. Weitere Anlagen dieser Art sind jedoch wertwürdigerweise nicht beabsichtigt. Warum eigentlich nicht?

Essen im Schnee. Während schon in der vergangenen Nacht in Essen an der Ruhr sich ein Temperatursturz mit scharfem Wind bemerkbar gemacht hatte, setzte heute in den frühen Morgenstunden im Industriegebiet ein heftiges Schneetreiben ein, das in kurzer Zeit ein winterliches Bild schuf. Das Thermometer zeigte heute morgen — 1 Grad.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Sitzungsort: Berlin S. O. Schönhaarder Str. 17/18, Hof 3 E.
Mittwoch, Donnerstag, den 20. abends 8 1/2 Uhr, Jungmannschaft, Grüner Baum, Berliner Allee 264, Tagelöhner und Reichsbanner 7 1/2 Uhr, Mittwochsabendmahlzeiten. — Schöneberg-Friedenau, Sonntag, den 23. November, Mittwochsabendmahlzeiten. — 1/2 Uhr, Tagelöhner; Jung Mann an bekannter Stelle. — 1/2 Uhr, Spielstätte nehmen beten teil.

Gewerkschaftsbewegung

Die Flucht aus der Landwirtschaft.

Ein Aufruf des bayerischen Sozialministeriums.

Zu den Problemen, die augenblicklich lebhaft in landwirtschaftlichen Kreisen erörtert werden, gehört auch die Frage der Flucht aus der Landwirtschaft. Die Landwirte sehen wohl, wie immer mehr landwirtschaftliche Arbeiter den unsozialen Verhältnissen auf dem Lande den Rücken kehren, sind aber zu kurzichtig, um begreifen zu können, daß die soziale Besserstellung der Landarbeiter mit einem Schlag die Situation ändern könnte. Viele der Landwirte sind sogar der Meinung, daß die Einführung von Zwangsmassnahmen und die Rückkehr zu wilhelminischen Verhältnissen das einzige Mittel sei, von dem noch Rettung erwartet werden kann.

Gegenüber dieser Sachlage verdient ein Aufruf Beachtung, der in diesen Tagen vom bayerischen Sozialministerium verbreitet wird und sich an die landwirtschaftlichen Arbeitgeber und deren Verbände richtet. Der Aufruf lautet:

„Wie seit Jahren, so sind auch im Laufe des vergangenen Frühjahrs und Sommers bei den beteiligten Staatsministerien fortwährend Klagen über die Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in Handel, Industrie und Gewerbe und den dadurch hervorgerufenen oder verschärften Mangel an Arbeitern und Dienstboten eingelaufen. Die Staatsregierung hat alle ihr zur Verfügung stehenden Wege beschritten, um diesem Mißstand abzuhelfen. Sie ist sich dabei bewußt, daß es sich hier um eine wirtschaftliche Erscheinung handelt, die erfolgreich nur mit wirtschaftlichen Mitteln bekämpft werden kann. Sie wendet daher auch der Besserung der wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, besonders der Beschaffung neuer Landarbeiterwohnungen ihre größte Aufmerksamkeit zu.“

Es ist Pflicht der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, auch das bei ihr Liegende zu tun, um ihren Arbeitnehmern durch gute Behandlung, ausreichende Entlohnung und Verköstigung, gesunde Unterkunft die Freude an ihrem Beruf zu erhalten.

Auf eines aber soll hier mit besonderem Nachdruck hingewiesen werden: Es kommt, wenn auch erfreulicherweise nur vereinzelt, immer noch vor, daß Landwirte nicht bloß ihre Arbeiter, sondern sogar ihre Dienstboten im Herbst nach Beendigung der Feldarbeit entlassen, um den Winter über die Auswendung für Lohn und Unterhalt zu sparen. Dem einsichtigen Landwirt ist ohne weiteres klar, daß ein solches Verhalten eine kurzfristige Maßnahme ist, die sich beim Wiederbeginn der Feldarbeiten unweigerlich rächt. Nur wer auch in der Zeit geringerer Beschäftigungsbaldigkeit seine Arbeitnehmer beibehält, kann mit Recht von ihnen verlangen, daß sie in der Zeit, in der er auf ihre fröhliche Mitarbeit angewiesen ist, bei ihm ausharren.

Es muß Aufgabe der einsichtigen Landwirte und der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände sein, dafür zu sorgen, daß diese Erkenntnis Gemeingut aller Landwirte wird. Sie tragen damit nicht nur zur Ausdehnung sozialer Gegensätze bei, sondern handeln auch im wohlverstandenen eigenen Interesse der ganzen Landwirtschaft und damit der Volksernährung und Volkswohlfahrt überhaupt.“

Wir sind leider nicht häufig in der Lage, aus Bayern erfreuliches zu melden. Um so lieber brauchen wir diesen Aufruf noch, der nicht allein von wirtschaftlicher Einsicht zeugt, sondern durch seine herzerfrischende Offenheit und Menschlichkeit besticht. Wir wollen nur wünschen, daß er bei den bayerischen Großbauern mehr Erfolg hat, als er bei unseren Ostelbtern haben würde.

Wahlen zum Hauptvorstand des Verkehrsverbundes.

Am Sonnabend wurde beim Deutschen Verkehrsverbund die Wahl zum erweiterten Bundesvorstand vorgenommen. Die Wahlbeteiligung war nur schwach. Von den zu wählenden zwei männlichen Mitgliedern wurde gewählt: Rudolf Bucalka, Sektion I und Wilhelm Beyerndorf, Sektion V. Als weibliches Mitglied wurde Marie Schwarz, Sektion I gewählt. Die Kommunisten hatten sich die größte Mühe gegeben, durch rege Propaganda in der „Roten Fahne“ und die Verwendung von Postkarten mit der Aufforderung an ihre Leute, den Kraftfahrer Ruhnke zu wählen. Allein die Mühe war vergeblich.

Die weibliche Gewerkschaftsjugend.

Die Mädchenkommission der freien Gewerkschaftsjugend hatte zu Montagabend nach dem Jugendheim im Metallarbeiterhaus eine Zusammenkunft der weiblichen jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder einberufen. Die Genossin Dr. Hanna Colm sprach über das Thema: Der Haushalt — eine Not der Frau. Der Vortrag war als Einführung in eine Vortragsreihe gedacht, die an weiteren Abenden folgen soll. Genossin Colm gab dabei im wesentlichen eine kulturpolitische Studie über die Entwicklung des Haushalts und die Stellung der Frau in ihm. Sie skizzierte die Entwicklung vom Großhaushalt zum Kleinhaushalt, der sich aber immer um den Hausherrn, den Ernährer der Familie, gruppierte und in dem der Frau, die die eigentliche Hausarbeit besorgte, nur eine untergeordnete Stellung eingeräumt war. Doch als im Zeitalter der Technik die Entstehung der Fabriken zur Bildung eines bis dahin unbekanntem Arbeiterstandes führte, verschob sich in diesem das Bild des Haushalts völlig. Die Familie, besonders die Frau, wurde durch fabriksgefertigte Waren zwar von vieler hauswirtschaftlicher Arbeit entlastet, konnte aber nun nicht, wie es in wirtschaftlich bessergestellten Kreisen jetzt meist geschieht, die Hände in den Schoß legen. Der Arbeitsverdienst des Mannes war meist viel zu gering, um die Familie allein zu erhalten; die Frau war also gezwungen, sich gleichfalls nach einem Erwerb umzu-

sehen. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Stärker als je beanspruchten die Kriegsjahre die Kräfte der Frau außerhalb des Hauses, und auch gegenwärtig ist es so, daß es in proletarischen Kreisen nur wenig Frauen gibt, die nicht Mitverdiener in der Familie sind. Dem Haushalt, dem man früher für ihr eigenes Gebiet ansah, werden sie dadurch immer mehr entfremdet.

Man hat versucht, ein Kompromiß zu schaffen, um die Familie trotzdem aufrecht zu erhalten: durch Horte und Rippen für Kinder, die den Fabriken, in denen die Mütter arbeiten, angeschlossen sind, durch die Einführung von besonderen Vorsichtsmassregeln für Schwangere, von Stillmüttern, durch früheren Sonnabendurlaub für Hausfrauen. Doch dies alles nur ein unzulänglicher Behelf ist, ist einsehbar. Die Referentin war die Fragen auf, ob man nun einfach den Verfall der Familie bejahen und aus dieser Erkenntnis heraus wie in Rußland und neuerdings auch in Palästina noch mit auf eine möglichst schnelle Auflösung hinarbeiten sollte, oder ob man ihm passiv gegenüberstehen sollte, um in Vereinen und Verbänden Ertrag zu suchen, oder schließlich, ob der Versuch gewagt werden müßte,

eine Neugestaltung auf moderner Grundlage

zu erreichen. Bei dieser dritten Frage dachte die Referentin sowohl an eine Vereinfachung des Haushalts durch die Mittel der Technik (Gemeinschaftsküche, Sammelheizung usw.) als auch an eine Umstellung in dem Verhältnis zwischen Mann und Frau. Nicht mehr Unterordnung, sondern Nebenordnung ist ja heute im allgemeinen nicht mehr Forderung, sondern Erfüllung; bis eben auf das Gebiet des Haushalts. Hier hat nur allzu oft neben ihrer Erwerbsarbeit die Frau die ganze Last allein zu tragen. Genossin Colm war der Ansicht, daß auch hier die Grenze zwischen Männerarbeit und Frauenarbeit fallen müßte, wenn man an eine Neugestaltung der Familie denkt. Eine grundsätzliche Antwort auf ihre Frage gab die Referentin indessen nicht, da sie hierin die Aufgabe der noch folgenden Vorträge sah.

Die Diskussion ergab ein überaus interessantes Bild, obwohl die meisten Redner nur auf die dritte Frage eingingen. Die Jugendgenossen, die hier versammelt waren, leben ja noch alle fast im Elternhause, und unbewußt war es wohl meist dieser Haushalt, der sie vor Augen hatten, wenn sie ihre Forderungen aufstellten: selbstverständlich Kameradschaftlichkeit zwischen den Geschlechtern auch in der Hausarbeit, und dann vor allen Dingen heraus mit allem unnötigen Plunder und „Schmutz“ aus der Wohnung und Vereinfachung der Wirtschaftsführung. Alle waren sich darin einig, daß Mann und Frau, die gemeinsam für die Lebenshaltung schaffen, auch im Hause gemeinsam arbeiten müssen. Ein erwachsener Gast wies allerdings — und wohl nicht ganz mit Unrecht — darauf hin, daß das alles ja vielleicht schon Räte einer vergangenen Generation sind, daß die heutige Jugend, für die taum noch Wohngelegenheiten da sind, sich vorläufig taum einen Haushalt wird gründen können, und daß ganz neue Probleme der Lebensführung ihr hieraus erwachsen.

„Die Schwerebeschädigten bei der Reichsbahn.“

Die Reichsbahndirektion schreibt uns zu der unter dieser Aufschrift in Nr. 546 des „Vorwärts“ veröffentlichten Notiz: „Nach dem Lohnrisikovertrag ist vereinbart, daß für Arbeiter, die infolge Kriegsbeschädigung, Unfallverletzung oder Invalidität nach ärztlichem Gutachten um mehr als 20 Proz. erwerbsbeschränkt sind, der Lohn nach der Leistungsfähigkeit in dem ihnen zugewiesenen Arbeitsfach zu bemessen ist.“

Wo die Lohnregelung im Einzelfalle den tariflichen Bestimmungen nicht entspricht, ist sie richtiggestellt worden.“ Wir können mühsam feststellen, daß unsere Kritik wenigstens die Wirkung hatte, daß die Schwerebeschädigten, deren Lohn von untergeordneten Stellen tarifwidrig gekürzt worden war, nunmehr den ihnen tariflich zustehenden Lohn erhalten. Eine andere Frage ist allerdings die des ihnen zugewiesenen Arbeitsfaches. Wir wollen hoffen, daß auch bei den Beschädigten, die sich etwa als notwendig erweisen, die Kriegsbeschädigten nicht noch besonders zu Lohnbeschädigten gestempelt werden.

Eine polnische Beschwerde.

Begen Entlassung polnischer Arbeiter.

Mehrere polnische Blätter, vor allem „Dziennik Berlinski“, brachten in der letzten Zeit Nachrichten, daß in Weisfalen polnische Arbeiter nur deshalb, weil sie Polen seien, ihre Arbeit verloren hätten. Insbesondere in dem Fall des Polen Kasimir Straburiski, der bei der Firma Rheinische Stahlwerke in Duisburg-Weiderich arbeitete, sei die antipolnische Tendenz zutage getreten, da er allein von 25 Arbeitern entlassen worden und ihm von keinem Vorgesetzten gesagt worden sei, die Entlassung sei nicht wegen schlechter Leistungen erfolgt; man könne die Gründe wohl erraten, doch sei er nicht verpflichtet, Aufklärungen zu geben.

Wie der Amlicke Preussische Predienst feststellt, treffen die Behauptungen des „Dziennik Berlinski“ über die Behandlung der polnischen Arbeiter in Weisfalen nicht zu. Straburiskis Entlassung erfolgte wegen Arbeitsmangels; in den letzten Monaten mußten von der Firma Rheinische Stahlwerke etwa 650 bis 700 Arbeiter aus gleichem Grunde entlassen werden. Hieron wurden nicht nur polnische, sondern auch deutsche Arbeiter und Arbeiter anderer Nationalitäten betroffen. Die angeblichen Neuherungen, die Straburiski gegenüber bei seiner Entlassung gefallen sein sollen, sind tatsächlich nicht gemacht worden.

Fünfundvierzig Pfennig Tagelohn in Kamerun.

Der Bericht des englischen Kolonialamtes über das englische Kamerun enthält die Beschreibung der großen zivilisatorischen Fortschritte in diesem Gebiete durch Einführung einer sorgfältig den Verhältnissen angepaßten Verwaltung. Den Gerichten, denen zufolge in Kamerun Zwangsarbeit herrscht, wird energisch

widerprochen, die Arbeit in den Plantagen ist ganz freiwillig. Der Lohn lag von 4 1/2 Pence (fünfundvierzig Pfennig), wozu noch 1 1/2 Pence für Lebensmittel hinzukommen, scheint — so heißt es im Berichte — sehr gering zu sein. Da aber die Aufsicht bei den Feldarbeiten nicht streng genug ist, konnte man auch keine „volle Arbeitsleistung“ von den Eingeborenen erzielen. Die englische Zeitschrift „Economist“ bringt diese Angaben ohne Kommentar, wie es auch selbst fortschrittliche Kreise in England noch für selbstverständlich halten, daß Arbeiter in den Kolonien einen Tageslohn von fünfundsiebzig Pfennig erhalten. Es ist nur die Frage, wie lange diese koloniale Ausbeutung noch andauern wird.

Schwere Lohndifferenzen im belgischen Bergbau.

Brüssel, 25. November (Eig. Draht). Im belgischen Kohlenbergbau droht ein neuer Konflikt. Die Unternehmer weigern sich, die bisher gewährte Lohnerhöhung von 5 Proz. über den November hinaus zu verlängern. Am Sonntag wird ein außerordentlicher Kongress der Bergarbeiter über die dadurch geschaffene Lage beraten.

Kabelwerk Oberpösch. Die Betriebsführung ist behoben. Die Arbeit wird morgen Donnerstag früh zu den üblichen Zeiten wieder aufgenommen.

Wirtschaft

Veisfchlachtungen in Preußen. Wie die Statistische Korrespondenz, das amtliche Publikationsorgan des Preussischen Statistischen Landesamts, mitteilt, wurden in Preußen im dritten Vierteljahr 1925 geschlachtet: 956 511 Stück Rindvieh, 1 665 736 Schweine, 515 361 Schafe und 17 187 Ziegen. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden rund 50 000 Stück Rindvieh (+ 5,5 Proz.), 137 000 Schweine (+ 9 Proz.), 117 000 Schafe (+ 29,3) und 4 600 Ziegen (+ 36,5 Proz.) mehr geschlachtet. Im einzelnen betragen die Mehrschlachtungen an Rindvieh im Vergleich zum entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres bei den Kühen 12 Proz., bei den Jungkühen 8 Proz. und bei den Kälbern 5,8 Proz., während an Ochsen und Bullen 5 Proz. weniger geschlachtet wurden. Eine Uebersicht über die drei Vierteljahre 1925 ergibt, daß in diesen insgesamt rund 3 056 000 Stück Rindvieh geschlachtet wurden gegen 2 700 000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, das sind 12,2 Proz. mehr. Auffallend groß ist die Zunahme der Schafschlachtungen in den ersten 9 Monaten des Jahres gegen den gleichen Zeitraum 1924: sie beträgt 311 356 Stück gleich 40,66 Proz. Die Schafschlachtungen übertreffen damit die der ersten 9 Monate 1913 um 42 857 Stück = 4,14 Proz., während die Schweinegeschlachtungen gegen die ersten 9 Monate 1913 um 21,95 Proz. zurückblieben. — Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die Viehschlachtung der Bevölkerung vom Januar bis 1. Oktober dieses Jahres im Vergleich mit dem Vorjahr wesentlich gehoben hat: im Vergleich zu 1913 wurden jedoch an Großvieh rund 92 000 Stück Ochsen und Bullen und rund 63 000 Kühe weniger geschlachtet; bei den Schweinen betrug gegen 1913 noch die sehr große Winderzeugung von 1 826 000 Stück, wogegen die geringe Zunahme der Schafschlachtungen nicht ins Gewicht fällt.

Das „Produktionsprogramm“ der Mannesmannwerke. Stilllegung von Betrieben, Zusammenbruch zu Sandkaten, um mit ihrer Hilfe unrentable Betriebe auszuwickeln und Preiserhöhungen herbeizuführen, das nennen nach dem, was man in der Generalversammlung der Mannesmannröhren-Werke gehört hat, die Industriellen ihr Programm zur Gesundung der Wirtschaft, ein Programm, dessen Ziel nach ihrer Ansicht sein muß, „Produktion und Absatz miteinander in Einklang zu bringen“. In Durchführung dieses Programms haben die Mannesmannröhren-Werke von ihren 26 932 Arbeitern und Angestellten seit dem 1. Juli circa 3 000 entlassen, und da sie auch in verschiedenen ihrer Abteilungen trotz des besseren Geschäftsganges im Kohlenbergbau und in der nachfolgenden Röhrenindustrie immer noch keine volle Beschäftigung haben, besteht die Aussicht, daß weitere Entlassungen den bisherigen folgen werden. Dabei ist es der Gesellschaft möglich gewesen, im abgelaufenen Geschäftsjahr bei einem Aktienkapital von 115 464 000 M. nicht nur einen Reingewinn von 2 737 155 M. zu erzielen, sondern auch die durch die Ruhrbesetzung unterbrochenen Bauten auf verschiedenen ihrer Werke zu vollenden. In Schulden hat die Gesellschaft allerdings etwas über 4 1/2 Millionen. Davon zirka 32 Millionen Bankschulden, von denen rund 5 Millionen langfristig sind. „In der Frage der Vorzugsaktien wurde von der Verwaltung erklärt, daß man erst die Bestimmungen der Regierung abwarten müsse. Doreist liege kein Grund vor, die Vorzugsaktien abzuschaffen.“

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaften: Friedrich Schuler; Sozialpolitik: A. S. Schuler; Volkswirtschaft: Emil Kahl; Außenpolitik: Hans Glöck; Justiz: Emil Kahl; Berlin: Hermann-Berling & Co. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Berling-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Adolf Hoffmann

Epijoden und Zwischenrufe

aus der Parlaments- und Ministerzeit.

Preis 1 Mark. Facit 5 Pfennig.

Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angez. dem Verb. sozialer Baubetriebe

Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 1198

Fille Westen, Wilmersdorf

Landhausstr. 4 — Tel. Platzburg 9531

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

Donnerst., Freit., Sonnabend:

Ungeheuer billige Volksversorgungs-Lebensmittel-Tage!

Gedr. R. G. Ewinemünder Straße 86

Frisches Fleisch

Fr. Suppenfleisch	68 Pf.	Gehacktes	70 Pf.
Fr. Schmorfleisch, Roul.	95 Pf.	Kalbsvorderfl.	78 Pf.
Hammelvorderfleisch	70 Pf.	Kalbsrücken	85 Pf.
Hammelrücken u. Kenle	88 Pf.	Schweinekamm und Schuff	1.25
Pa. Ochsenfleisch, getr.	55 Pf.	Schweineköpfe	50 Pf.
Pa. Ochsenfleisch	85 Pf.		

Wurstwaren

Delikateß-Sülze	48 Pf.	Gänsestückfleisch	110 Pf.
Rot- u. Leberwurst	75 Pf.	Gänseklein mit Herz	170 Pf.
Corned Beef	70 Pf.	Gänselesen	210 Pf.
Berl. Mettwurst	110 Pf.	Hirschblatt	90 Pf.
Hausm. Leberwurst	120 Pf.	Kaninchen, gestreift	110 Pf.
Koist. Cervel-Wurst	160 Pf.	Schinkenspeck	190 Pf.

Gewalt. Preisabbau in Hülsenfrüchten

Weizenrieß	22 Pf.	Pflaumen	28 Pf.
Tafelreis	22 Pf.	Bäckobst	50 Pf.
Erbsen, gelbe	22 Pf.	3 Schläger in der Konfitür-Abteilung	
Weizenmehl	16 Pf.	Mürbegebäck	120 Pf.
Ja. Auszugmehl	20 Pf.	Kakao	48 Pf.
Weiße Bohnen	20 Pf.	Sandgebäck	95 Pf.
Kaffeebohnen	48 Pf.		
do. m. Bohnen	50 Pf.		
Bohnenkaffee	260 Pf.		

Obst, Gemüse, Konserven

Karotten gesch.	38 Pf.	Apfelsin	60 Pf.
Junge Erbsen	50 Pf.	Pflaumen m. St.	72 Pf.
Gemüse-Melge	95 Pf.	Stachelbeeren	90 Pf.
Schnitt-Bohnen	68 Pf.	Mirabellen	115 Pf.
Starbebeeren, Heidelbeeren und Viertracht-Konfitüre	95 Pf.	Himbeer- und Aprikosen-Konfitüre	
Käse und Fettwaren		1a Kochäpfel	10 Pf.
Tilcher Vollfett	95 Pf.	Kate Äpfel	14 Pf.
Harzerkäse	60 Pf.	Nasenköpfe	22 Pf.
Quadratkäse	30 Pf.	Rot- u. Weiß-Kohl	5 Pf.
Schwan	88 Pf.	Zwiebel	20 Pf.
Tafelmargar.	70 Pf.	Mohrrüben	4 Pf.
Rhodortig	65 Pf.	Winter	25 Pf.
Tafelbutter	108 Pf.	Fettbücklinge	36 Pf.
Kiel-Sorotten	52 Pf.		

Muskateller

1/2 Fl. inkl. Flasche u. Steuer 150